

**03.12.2015**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Landesprogramm stadtteilbezogene Maßnahmen in Bremen und Bremerhaven“**

**Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 2015**

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>
Produktplan:	03	Senat, Senatskanzlei, Kirchl.Angelegenh.
Produktbereich:	03.01	Senat, Senatskanzlei, Kirchl.Angelegenh.
Produktgruppe:	03.01.02	Stadtteilmanagement

Der Anschlag bei den investiven Ausgaben wird für das Jahr 2015 um 10.000 Tsd. € **erhöht**.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>
Einzelplan:	00	Bürgerschaft, Senat, Rechnungshof, Staatsgerichtshof, Bundesang., Datenschutz, Inneres und Sport, Frauen
Kapitel:	0020	Senat und Senatskanzlei
Titel:	0020/ 634 00-6	An SVIT für Landesprogramm für stadtteilbezogene Maßnahmen

Für das Jahr 2015 wird ein Anschlag von 10.000.000 € **eingesetzt**.

**Erläuterung:**

Durch den Wegfall der Impulsmittel und die Auflösung der Stiftung Wohnliche Stadt fehlt den Stadtteilen ein wichtiges Instrument, die Stadtteilentwicklung zu fördern und damit auch den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Immer stärker werden auch infrastrukturelle Maßnahmen bei den Globalmitteln der Beiräte beantragt, weil die Finanzierung für solche Maßnahmen fehlt, was zu einer Überlastung der Globalmittel-Etats führt. Die hier in das Sondervermögen Immobilien und Technik eingestellten Mitteln erlauben es dem Land, ein Programm zur Förderung stadtteilbezogener Maßnahmen aufzulegen, aus dem die fehlenden Impulsmittel für die nächsten Jahre kompensiert werden können. Ebenso kann dadurch Bremerhaven einbezogen werden. Die Mittel sollen innerhalb der nächsten 5 Jahre verbraucht werden.

Die Gegenfinanzierung erfolgt über eine Erhöhung der aufgenommenen Kredite in 2015. Der Sicherheitsabstand zur Obergrenze des Sanierungspfades beträgt aktuell 90 Mio. Euro und ist daher nicht gefährdet.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt  
und Fraktion DIE LINKE